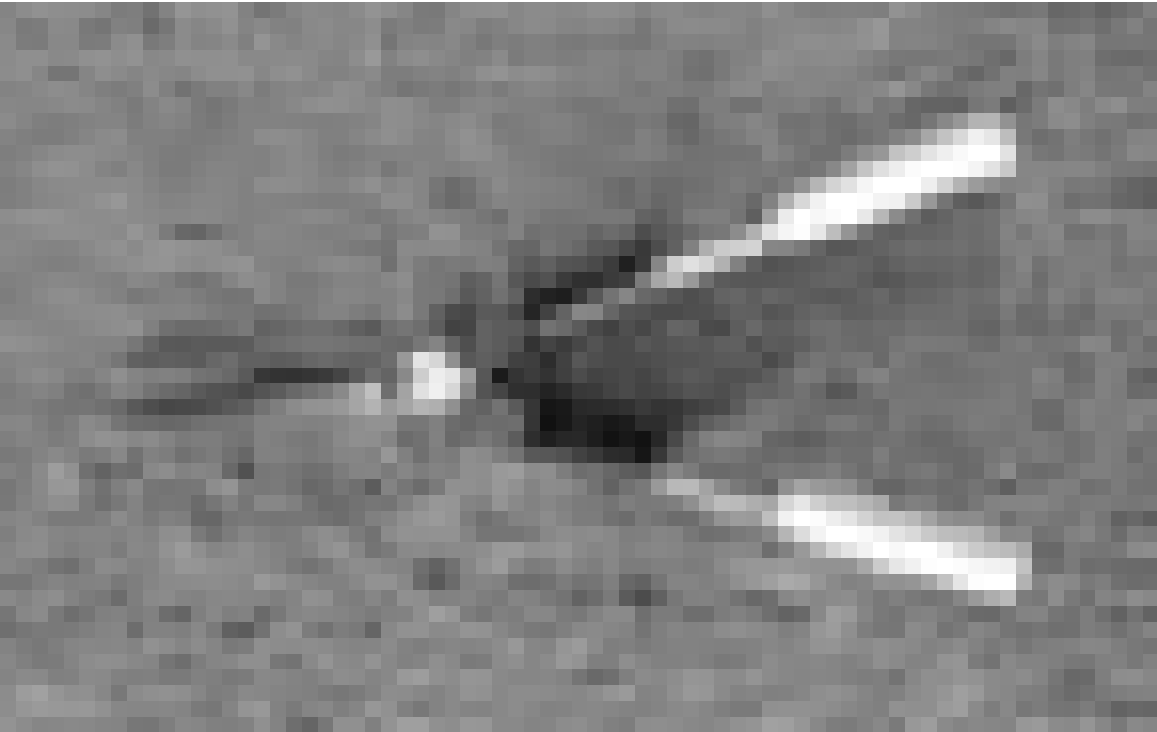


ESCH

Sicherheit per Heckenschere



Besondere Lösung für besondere Probleme?

(Foto: Archiv)

Die Escher Gemeinde will im Vorfeld der Kommunalwahlen mit einem "Plan local de sécurité" die Zahl der Straftaten halbieren. In der Hauptstadt wird weiter über eine Lösung der sozialen Probleme diskutiert.

"Komplexe Situationen erfordern komplexe Antworten." Mit diesen Worten hat Staatsanwalt Robert Bieber kürzlich die Debatte um die Sicherheit in den luxemburgischen Städten zusammengefasst. Gemeint hat er damit die Situation in der Hauptstadt - und dabei vor allem in den Vierteln um den Luxemburger Bahnhof. Dass die Sorge um die Sicherheit der BürgerInnen hier zu Lande aber längst auch in anderen Gemeinden umgeht, belegt der "Plan local de sécurité", der am Mittwoch in Esch in Kraft getreten ist.

Mit dem Maßnahmenpaket, das der Schöffenrat am vergangenen Freitag vorgestellt hat, will die rot-rot-grüne Stadtregierung die Zahl der Straftaten in der Minett-Stadt senken. Die ist in den vergangenen Jahren angestiegen und beläuft sich derzeit auf insgesamt 2.423 Delikte. Vor allem Autodiebstähle und von Gewalt begleitete Raubdelikte - oft Fälle von Beschaffungskriminalität Drogenabhängiger - haben Polizei-Informationen zufolge zugenommen. Die Escher Gemeindeverwaltung will darauf gemeinsam mit Staatsanwaltschaft und Polizei reagieren und die Straftaten um die Hälfte reduzieren.

Unter anderem soll die Präsenz der PolizistInnen in der Stadt und in der direkten Umgebung von Schulgebäuden erhöht werden - ohne dass das Personal aufgestockt wird. Man setze vielmehr auf eine "police de proximité", erläutert Pascal Schumacher, Polizeidirektor des Bezirks Süden - und auf eine Mischung aus Prävention und Repression. Präventiv soll vor allem an den Grundschulen mittels vorbeugender Kurse vorgegangen werden. Dazu gehören auch Beschäftigungsmaßnahmen und mehr Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. "Die beste Prävention ist eine gute Sozialpolitik", sagt der Escher Schöffe André Hoffmann. Esch hat mehr Arbeitslose als der Rest des Landes, der Anteil

der RMG-EmpfängerInnen ist mehr als doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt.

Der Escher Schöffenrat will laut Sicherheitsplan darüber hinaus "sensible Punkte" in der Stadt besser beleuchten sowie bestehende Hecken stutzen oder neu pflanzen. "Wenn man das liest, könnte man meinen, die halten einen für dumm", meint dazu Gemeinderat Pierre-Marc Knaff von der oppositionellen DP. "Wer glaubt denn im Ernst, dass es dadurch weniger Überfälle gibt?" Was die Bekämpfung der Armut, der Arbeitslosigkeit und der Drogenabhängigkeit betreffe, so der Liberale, habe der Schöffenrat viel versprochen. Aber es sei bisher kaum etwas unternommen worden, sagt Knaff und fügt hinzu: "Eine Fixerstube und die kontrollierte Abgabe von Heroin sowie neue Therapierungsmöglichkeiten wären ein Schritt gegen die Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen."

Dschungel der Straße

In der Hauptstadt zeichnet sich dagegen endlich die Einrichtung einer Fixerstube ab. Selbst die AnwohnerInnen und Geschäftsleute von SOS Gare haben nichts mehr gegen eine solche Einrichtung, und auch das ADR spricht sich mittlerweile für eine kontrollierte Heroinfreigabe aus. In der vergangenen Woche machten elf Hilfsorganisationen in einem gemeinsamen Communiqué noch einmal auf den dringenden Handlungsbedarf im Luxemburger Bahnhofsviertel aufmerksam und fordern eine regelmäßige "Table ronde". Sie präsentierten dem Gemeinderat, der am kommenden Montag über die Problematik diskutiert, sowie den zuständigen Ministerien ihre Lösungsvorschläge. Im Kampf gegen die Obdachlosigkeit listeten die Vereinigungen fünf Ansatzpunkte auf: Jugendlichen müsste ein Ausweg aus dem "Dschungel der Straße" angeboten werden, aus der Haft Entlassenen müsste

genauso wie Personen, die aus psychiatrischen Kliniken oder therapeutischen Zentren kommen, eine bessere Wiedereingliederung zukommen, die Gemeinden sollten mehr Verantwortung für die Obdachlosen übernehmen, die Auffangstrukturen mehr finanzielle Mittel erhalten, und nicht zuletzt sei finanzierbarer Wohnraum notwendig. Darüber hinaus, so geht aus dem Communiqué hervor, fordern die Hilfsorganisationen mehr Mittel für die Prostituierten-Anlaufstelle "Drop-In", damit diese die ganze Woche über öffnen kann.

Die Situation ist prekär: Das Nachtfoyer "Ulysse" und die Container-Unterkunft "Nuetseil" in Bonneweg sind ständig bis auf das letzte Bett belegt. In der Anlaufstelle der Stämm vun der Strooss wurden in den ersten zehn Monaten diesen Jahres bereits 730 Bedürftige betreut, 2003 waren es insgesamt 830. "Wir sehen ständig neue Gesichter", stellt die Stämm-Direktionsbeauftragte Alexandra Oxacelay fest und macht auf den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit und Kriminalität aufmerksam.

Eine Fixerstube und ein "logement encadré" für Drogenabhängige schlägt auch der Gemeinderat in einem Projet de résolution vor. Die Stadt Luxemburg sieht sich jedoch mit den Problemen allein gelassen. Unter den Lösungsvorschlägen taucht - neben repressiven Mitteln wie einer verschärften Überwachung der einzelnen Brennpunkte, einer stärkeren Polizeipräsenz und der Möglichkeit von "Platzverweisen" - auch die Dezentralisierung der Hilfsangebote auf. Schließlich müssten auch andere Gemeinden ein Teil der Last tragen.

Dagegen hat auch André Hoffmann nichts einzuwenden. Die Escher Gemeinde wolle sich nicht aus der Verantwortung stellen. Für ein Nachtfoyer im Süden - worauf unter anderem auch die Stämm vun der Strooss drängt - gebe es ein allgemeines Einverständnis. Eine definitive Lösung habe man aber noch nicht gefunden, sagt der Schöffe und fügt hinzu: "Wir strengen uns an." So lange müssten in Notfällen über den Winter Hotelzimmer oder Pensionen angemietet werden. Eine "Container-Lösung" schließt Hoffmann aus.

Der "Déi Lénk"-Politiker räumt ein, dass der lokale Sicherheitsplan insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl der EscherInnen erhöhen soll. "Sicherheit ist ein Grundrecht", betont Hoffmann. Obwohl Sicherheitsfragen kein klassisches linkes Thema seien, wolle man es nicht den anderen Parteien überlassen, so der Schöffe. Der Sicherheitswahn hat also rechtzeitig vor den Wahlen auch die Escher Koalition erfasst.

Stefan Kunzmann

Fontagné-Bericht zwischen allen Stühlen

Mit seinem Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs hat sich der französische Wirtschaftsexperte Lionel Fontagné kaum Freunde in der Tripartite gemacht. Einerseits liefert er Argumente, um die heiligen Kühe der GewerkschaftlerInnen zu schlachten. Automatische Lohnanpassungen und ein hoher Mindestlohn seien ökonomisch gesehen unsinnig, so seine Analyse. Doch auch die ArbeitgeberInnen dürften keine reine Freude an dem Bericht haben: Die komplexen Überlegungen des Experten bieten viel Raum für Interpretationen. Seine an die Tripartite gerichteten Handlungsvorschläge fallen denn auch recht zahm aus. Sie zielen eher auf eine Effizienzsteigerung der Wirtschaft ab als auf die von den ArbeitgeberInnen geforderten Kostensenkungen. Ob die Regierung den Vorschlägen etwas abgewinnen kann, ist ebenfalls zweifelhaft: Lionel Fontagné drängt auf Veränderungen, die zum größten Teil längst überfällig sind, wie die Schaffung einer funktionierenden Universität und die politische Integration der ImmigrantInnen. Solche Veränderungen sind bisher weniger an der fehlenden Einsicht als am fehlenden politischen Willen gescheitert.

Der Pisa-Countdown läuft

Noch ein paar ruhige Nächte für Bildungsministerin Mady Delvaux-Stehres (LSAP), dann ist es soweit: Am 7. Dezember werden die Ergebnisse der jüngsten Pisa-Studie veröffentlicht. Insgesamt 43 Länder, davon 33 aus der OECD sowie zehn Nicht-OECD-Staaten, haben am zweiten internationalen Bildungstest teilgenommen. In dessen Mittelpunkt stand diesmal das Fach Mathematik. Als sicher gilt bereits, dass Finnland sich erneut in allen Kategorien ganz vorne befindet - und Deutschland im Mittelfeld. Das hatte das Nachrichtenmagazin Stern vor zwei Wochen vorab gemeldet. Für die Deutschen hat das wiederholte Pisa-Debakel bereits Folgen: Das dreigliedrige Schulsystem von Haupt- und Realschule sowie Gymnasium, das SchülerInnen sehr früh entlang von Leistungen selektiert, steht unter Beschuss wie nie zuvor.

Ähnliches droht auch in Luxemburg. Da als Senkrechstarter von Pisa 2 bisher lediglich Polen bekannt wurde, ist für das Großherzogtum wohl auch dieses Jahr eine Blamage zu erwarten. Luxemburg landete bei Pisa 1 im Ländervergleich auf dem vorletzten Platz. Bleibt die Frage, ob die von Ex-Ministerin Anne Brasseur (DP) versprochene, aber nie umgesetzte Bildungsreform von Schul- und Lehrerausbildung dann endlich kommen wird. Wie lautet das Fazit einer Script-Studie aus dem Jahr 2003 zu den Examensjahrgängen 1996 bis 2001: "Das luxemburgische Schulsystem müsste dringend reformiert werden."

Nächste Woche:

Grenzen des Wachstums

Die Wirtschaft könne nicht ins Unendliche wachsen, mit dieser Aussage machte der Club of Rome vor 30 Jahren Furore. Ein "Update" des damaligen Berichts über die Grenzen des Wachstums soll zeigen, dass die These nach wie vor gilt.

IQ statt Alter?

"Er heißt Piet Goddaer, kommt aus Flandern und hat einen IQ von 152", stand vergangene Woche in der woxx-Agenda über den belgischen Elektropopper Ozark Henry. Da entbrannte kurze Zeit später die Diskussion unter den woxxies, ob man in Zukunft nicht hinter den Namen aller bekannten Persönlichkeiten - statt zum Beispiel Alter und Parteizugehörigkeit - den Intelligenzquotienten nennen sollte, vor allem hinter denen der luxemburgischen PolitikerInnen. Bisher hat von ihnen noch niemand mit seiner Intelligenz so geprahlt wie zum Beispiel der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger: Der sagte, er habe einen IQ von 135. Das ist zwar nicht so viel wie der Philosoph Ludwig Wittgenstein (190), aber immer noch mehr als George W. Bush (125). Ob Alter oder IQ: Dürften die Angaben bei der Luxemburger Politprominenz nicht sowieso im zweistelligen Bereich bleiben? Doch keine Angst, auch Andy Warhol kam nur auf 87 Punkte.